



Wir tragen Verantwortung

Im Stadtrat Erkrath – 100% für Erkrath

Wie Sie auch auf Facebook und auf unserer Homepage in den Themenbereichen sowie in der Rubrik „neulich im Rat“ verfolgen können, ist die BmU auch 2016/2017 für Erkrath tätig.

Im Stadtrat gibt es keine feste Koalition, daher ist es uns oft möglich, mit wechselnden Partnern die Geschicke unserer Stadt maßgeblich mitzugestalten.

Wir tragen Verantwortung.

Unsere Themen:

1. Verabschiedung des Haushaltes 2017: Die Erhöhung der Grundsteuer tut weh, ist aber sachlich geboten.
2. Es gibt gute Gründe für die Teilnahme an der Städtebauförderung „Soziale Stadt“
3. Lange von der BmU gefordert:
 - der Breitbandausbau kommt
 - erste Überlegungen zur Übernahme der Fernwärme
4. Wir unterstützen Kinder und Familien. Wir haben die Schulen im Blick.
5. Planen im Sinne der Bürger
6. Das Mobilfunkkonzept ist tot
7. Die BmU bleibt sich treu: Auch die Personalpolitik der BmU ist unabhängig und an den sachlichen Anforderungen orientiert.

Schlusswort und Ausblick

1. Verabschiedung des Haushaltes 2017:

Die Erhöhung der Grundsteuer tut weh, ist aber sachlich geboten.

Gerade in diesem Jahr war es nicht einfach, einen genehmigungsfähigen Haushalt für Erkrath zu beschließen. Wie auch SPD und Grüne musste die BmU einige ungeliebte Kompromisse eingehen, um einen Stillstand zu verhindern und die Zahlungen für wichtige Fürsorgeleistungen frei zu geben, die Schaffung von neuen Kita- und OGS-Plätzen, die Planung von Gebäude zur Unterbringung von Flüchtlingen usw. auf den Weg zu bringen. Die CDU hatte sich schon früh aus dieser Diskussion verabschiedet. Ihr Nein-Sagen ist einfach und soll wohl auch für „Stimmung“ sorgen.

Die BmU setzt dabei auf ein 4-Säulen-Modell: 1. Sparen – 2. Einnahmen erhöhen: Grundsteuererhöhung – 3. Gewerbesteuer durch Neuansiedlungen erhöhen – 4. Fördermittel beantragen.

Zu 1. Sparen:

Im Stellenplan wird nun auf Beschluss von SPD, Grünen und BmU auf 9 neue Stellen verzichtet. Insgesamt werden 2017 immer noch 58 neue Stellen geschaffen, viele davon im Bereich Kinderbetreuung durch Kitas (13) und OGS (4), Betreuung der Tagespflege (3), Flüchtlinge (4), sowie Schule (Hausmeister, Küchenkraft, Umsetzung des Programms Gute Schule 2020) und Rettungsdienst/Feuerwehr. Angesichts von 225 fehlenden Plätzen in Kitas und Tagespflege und einem bedarfsgerechten Ausbau der OGS sind diese Stellen absolut notwendig. Für das Städtebau-Förderprogramm „Soziale Stadt“ und dem inhaltlich verknüpften „Investitionspakt“ sind 7 Stellen angesetzt, wobei darunter allerdings mittlerweile von der Verwaltung auch Maßnahmen subsummiert werden, die sowieso – auch ohne „Soziale Stadt“ – umzusetzen wären: neue Kita in Hochdahl, Sanierung Kita Gretenberg, Neubau Grundschule Sandheide, Feuerwehrneubau, und Grünflächenpflege.

Ginge es nach der BmU, sollte mehr gespart werden und hätte Erkrath schon 2016 mit einer freiwilligen Haushaltssicherung begonnen, um den Haushalt langfristig zu sanieren. Denn trotz Genehmigungsfähigkeit ist auch 2017 von einem Defizit von 7 Millionen Euro auszugehen. Im Sinne der zukünftigen Generationen ist dies nicht gerecht. Der Arbeitskreis Finanzen, der sich 2016 mit Sparmöglichkeiten befasst hatte, war nur wenig erfolgreich gewesen.

Daraus folgt 2. Grundsteuer:

Die Erhöhung der Grundsteuer B von 420 auf 520 tut weh, aber die 1,8 Millionen sind notwendig, damit Erkrath auch weiterhin freiwillige Leistungen wie Vereinsförderung, Büchereien, VHS, Musikschule, neue Plätze in Kitas und OGS usw. erhalten kann. Wer dieses will, muss dem Haushalt zustimmen und dafür die Einnahmen erhöhen. Hier macht es sich die CDU einfach mit ihrem Nein zu Steuererhöhung und Haushalt: Wo sind die Konzepte der CDU?

Es ist zu bemerken, dass diese Steuererhöhung auch bereits im Dezember (vor dem Beschluss für das Programm Soziale Stadt) von der Verwaltung und somit vom

Bürgermeister vorgeschlagen war. Dass dieser nun mit der CDU dagegen ist, ist sicher populär, widerspricht aber zudem seinem Abstimmungsverhalten 2016, als er für eine Erhöhung der Grundsteuer B gestimmt hatte.

Auch die Ratsmitglieder der BmU sind wie alle Bürger von dieser Erhöhung betroffen. Die BmU hat sich schweren Herzens zu diesem unpopulären Schritt entschlossen, sie übernimmt Verantwortung für Erkrath. Eine Erhöhung auf 540, wie von der SPD gefordert, fand allerdings nicht unsere Zustimmung.

Zu 3. Gewerbesteuer:

Bereits 2016 hat die BmU mit der CDU dafür gesorgt, dass auf einem kleinen Teil der Neanderhöhe (zwischen Tankstelle und Wertstoffhof) neues Premium-Gewerbe angesiedelt werden kann. Dieses Vorhaben fällt jedoch deutlich kleiner aus als die ursprünglichen Planungen von Verwaltung und CDU, der größte Teil der Neanderhöhe bleibt erhalten. Auch hier mussten wir einen ungeliebten Kompromiss eingehen und ökologische sowie ökonomische Punkte maßvoll abwägen.

Somit sollen auch im Bereich der Gewerbesteuer Mehreinnahmen erzielt werden, ohne dabei den Steuersatz zu erhöhen, was im Wettbewerb mit anderen Kommunen nicht sinnvoll wäre.

An dieser Stelle aber eine Gegenrede zu einer häufig gestellten Frage, warum es Erkrath nicht wie Monheim macht: Gewerbesteuersatz runter, Einnahmen rauf. Monheim muss differenzierter gesehen werden: dort stand eine riesige topographisch günstige Gewerbefläche (ehem. Shell) leer, ein Großunternehmen zeigte Interesse, seinen Sitz dorthin zu verlegen (Folge: an den Produktionsorten zahlen sie nun weniger bzw. keine Steuern mehr.) und die Stadt reduzierte die Gewerbesteuer, um durch diesen Zuzug die Einnahmen zu vervielfachen. Dieses Modell funktioniert allerdings nicht, wenn das überall geschehen würde, volkswirtschaftlich ist dies absoluter Unsinn! Monheim hat hier einfach auch sehr viel Glück gehabt.

Und wollte man dies in Erkrath entsprechend umsetzen, so bräuchte es eine Fläche, die Unterfeldhaus, Erkrath und Hochdahl verbinden würde - ist das gewollt?? Ich meine nicht.

Problem der jüngsten Vergangenheit waren auch Abwanderungen von Unternehmen. Hier hat sich u.a. gerächt, dass der von der BmU seit Jahren geforderte Breitbandausbau -insbesondere in Unterfeldhaus- nicht erfolgt ist. Zwar haben sich die Stadtwerke jetzt diesem Thema angenommen, aber die weggezogenen Betriebe und deren Gewerbesteuer sind verloren.

Aber auch die insbesondere durch die BmU geförderte Ansiedlung von TimoCom wird Früchte zeigen.

Für 2017 sind 28 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen geplant. Schon jetzt (Mai 2017) sind 30 Millionen eingenommen.

Zu 4. Fördermittel:

Erkrath muss endlich auch die Möglichkeit von Fördermitteln (von Land, Bund und EU) stärker nutzen. Musste sich die Politik vor Jahren von der Verwaltung noch anhören, dass man keine Erfahrung mit Städtebauförderprogrammen hätte, zeigt sich, dass der Einstieg über das Förderprogramm „Soziale Stadt“ richtig war, da dies auch den Zugang zu weiteren Projekten öffnet. So ist aktuell das Programm „Integration im Quartier“ für Erkrath interessant, mit dem sogar Teile der Feuerwache, ein Kita-Neubau, der Grundschulneubau und die Kita-Sanierung Gretenberg mit z.T. 60 % der nichtrentierlichen Investitionskosten bezuschusst

werden können. Mit dem inhaltlich verknüpften „Investitionspakt“ kann sogar eine Förderung von bis zu 90 % der Kosten erzielt werden. Alles Projekte, die die Stadt sowieso anpacken will und muss. Jeder Euro, den Erkrath dafür von außen bekommt, entlastet den Haushalt und ermöglicht es uns auch langfristig, dass wir weiterhin bedarfsgerecht zusätzliche Kita- und OGS-Plätze u.a. schaffen können. Zur Kritik an der Entscheidung bezüglich Soziale Stadt sei außerdem gesagt: Die Belastungen dadurch in 2017 sind gering, der Eigenanteil zu den beantragten Geldern beträgt etwa 25.000€, andere Themen belasten den Haushalt deutlich mehr, wie das neue Unterhaltsvorschussgesetz. Also ist es falsch für alles die Soziale Stadt heranzuziehen.

Es bleibt festzuhalten, obwohl die Drohkulisse im Dezember aufgebaut worden war, dass Erkrath durch das Städtebau-Förderprogramm Soziale Stadt in den „Nothaushalt“ käme, ist der beschlossene Haushalt genehmigungsfähig und man bleibt unter der Grenze von 5% Eigenkapitalverzehr.

Genauso unhaltbar ist die Drohung, dass mit dem Beschluss des Programmes „soziale Stadt“ der Feuerwehr die notwendige Erneuerung vorenthalten würde. Das Gegenteil ist richtig. Mit dem Förderprogramm Soziale Stadt besteht die Chance auf Förderung des unrentierlichen Teils des Feuerwehrneubaus. Schade, dass die Feuerwehr sich hier zum Büttel der Politik hat machen lassen.

(Mehr zum Thema „Soziale Stadt“ auch im nächsten Punkt: 2. Gute Gründe für die Teilnahme an der Städtebauförderung „Soziale Stadt“)

Kann die Politik in Erkrath nicht mit Geld umgehen?

Allgemein bleibt, wie auch in den vergangenen Jahren, zu sagen, dass die Kommunen finanziell in einer Schieflage stecken. Gesetze zu einer kommunalen Finanzreform durch Bund und Land sind nicht in Sicht.

Ein Beispiel: Im Vergleich zu 2008 ist der Zuschussbedarf der Stadt im Bereich Kinderbetreuung (in TP, Kita, OGS) und Flüchtlinge um mehr als 10 Mio. € höher, da die Stadt immer mehr Aufgaben erhalten und umgesetzt hat, aber nie eine auskömmliche Gegenfinanzierung durch Bund und Land erfolgt ist. Gäbe es diese allein in den genannten Bereichen, hätten wir ein Plus von ca. 3 Mio. Gleiches gilt für die immer höher werdenden Sozialausgaben.

Von den Aufwendungen im Erkrather Haushalt von insgesamt 120 Mio. sind etwa 92-95% Pflichtaufgaben, die die Politik in Erkrath nicht selber in der Hand hat (Soziales, Schulen, Umlagen an Kreis, VRR, Fonds Dt. Einheit, usw.). Das bedeutet, dass das Defizit von ca. 7 Mio. ziemlich genau der Nicht-Pflichtteil ist. Hieße: wollten wir ohne Defizit auskommen, müssten wir alles Freiwillige streichen, s.o.

Das kann es eben nicht sein, daher ist eben auch die Erhöhung der Grundsteuer, die alle mittragen, geboten und durchaus gerecht.

Weitere Überlegungen entnehmen Sie bitte auch der Haushaltsrede unseres Fraktionsvorsitzenden Bernhard Osterwind. www.bmu-erkath.de

2. Es gibt gute Gründe für die Teilnahme an der Städtebauförderung „Soziale Stadt“

Eine Welle der Ablehnung ist dem Beschluss des Stadtrates, das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt auch in Erkrath zu etablieren, entgegengebrandet. In der öffentlichen Darstellung wurde das Thema oft auf ein „Entweder Feuerwehr oder Soziale Stadt (Sandheide)“ bzw. „Soziale Stadt führt uns in den Nothaushalt“ reduziert, besonders in den nicht-immer-sozialen Medien entstand eine Stimmung, in der die differenzierte und komplexe Argumentation kein Gehör finden konnte.

Diese Ablehnung fußt auf den abschlägigen Kommentaren der Verwaltung, allerdings werden die gutachterlichen Teile dabei meist ignoriert. Teile der Verwaltung hatten schon von Anfang an das Programm nicht gewollt. Und bereits am ersten Tag seines Amtsantrittes wurde Bürgermeister Schultz eine Vorlage vorgelegt und diese auch von ihm unterzeichnet, welche der Politik die Ablehnung empfahl. Man begründet das Nein mit der Überlastung der Verwaltung und droht mit Verzögerungen beim Bau der Feuerwehrhauptwache und des Gerätehauses Alt-Erkrath, sowie mit der schlechten Situation des Haushaltes.

Allerdings hat jeder bislang im Verfahren gegangene Schritt deutlich gemacht, welche Vorteile Erkrath durch dieses Förderprogramm haben kann. Daher 15 Punkte pro Soziale Stadt.

1. Sobald Erkrath im Projekt Soziale Stadt aufgenommen ist, kann die Stadt bei vielen Projekten auf Fördergelder von Bund und Land setzen. In den jüngsten Gesprächen mit den Fördermittelgebern wurde sogar deutlich, dass selbst der Neubau der Feuerwehrhauptwache bezuschusst werden kann, wenn auch dieses Gelände mit in das Programmgebiet aufgenommen wird. Bei aktuell prognostizierten 20 Millionen Euro Kosten zählt jede Million, die Erkrath nicht selber aufbringen muss. Schon dieses Beispiel zeigt, dass das Programm Soziale Stadt bzw. vergleichbare Programme wie der Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“ weniger Risiko, sondern vielmehr Chance für den Erkrather Haushalt darstellen. Im Investitionspakt werden bis zu 90% der Bau- und Planungskosten während der Programmlaufzeit von 2017 bis 2020 gefördert.

2. Es zeigt sich auch, dass viele Förderprogramme von EU, Bund und Land immer mehr darauf achten, ob sich eine Stadt in einem Städtebauförderprogramm befindet. Auch hier bringt Soziale Stadt der gesamten Stadt mehr Einnahmen bzw. weniger Ausgaben.

Und das gilt ebenso für die Sozialverbände, die so (mehr) Fördergelder erhalten können, was ebenso unseren Haushalt z.T. entlastet.

3. Der Stadtrat hat den Eintritt in das Programm beschlossen, jedoch nicht schon die Umsetzung der angedachten Projekte. Das Programm erstreckt sich über 10 Jahre und alle Einzelprojekte werden stets gesondert auf Machbarkeit und Finanzierbarkeit überprüft. Das relativiert die aufgebaute Drohkulisse von enormen Kosten und Undurchführbarkeit klar.

4. Viele Bürger hat verständlicherweise aufgebracht, dass sich durch Soziale Stadt

der Bau der Feuerwehrgebäude verzögern könnte. Hier muss aber entgegengehalten werden, dass der Stadtrat die Priorität weiterhin auf die Feuerwehr-Planungen gelegt hat. Dass die Arbeitsbedingungen für alle Feuerwehrleute untragbar sind, ist unstrittig. Auch deswegen hatten wir uns immer für den vom Gutachter als gut möglich beschriebenen Neubau der Hauptwache am alten Standort mit einem Ausweichen für die Bauzeit auf benachbarte Gebäude und Flächen ausgesprochen, hier wären wir heute mit den Planungen weiter.

5. Die Bauverwaltung moniert, dass sie sich nicht in der Lage sieht, beides gleichzeitig zu schaffen. Um dieses bewerten zu können, sei hier nur die Aussage des Technischen Beigeordneten erwähnt, nach der der erste Stein für die Hauptwache erst 2020 bewegt werden wird. In diesem großen Zeitfenster muss neben der Feuerwehr-Planung auch Platz für einzelne Projekte aus dem Programm Soziale Stadt sein. Und dass Anwohner aufgrund von Lärmschutzklagen das Ganze auch noch weiter verzögern können, will ich hier gar nicht näher ausführen. Eine Organisationsuntersuchung des betreffenden Fachbereiches hat schon vor Jahren aufgezeigt, dass dort im Vergleich zu anderen Städten die Personalsituation nicht schlechter ist, aber die Arbeitsorganisation verbesserungswürdig ist. Hier ist die Verwaltung und als ihr Leiter der Bürgermeister gefordert, u.a. die Abläufe effizienter zu gestalten.

2016 hat der Stadtrat seinen Teil geleistet, indem er die Gelder für die Schaffung einer neuen Stelle dort genehmigt hat, welche noch zu besetzen ist.

Vieles ist in der Diskussion über Vertrauen gesagt worden, ich vertraue darauf, dass Bürgermeister und Verwaltung dies schaffen können.

6. Ein großer Vorwurf gegen Soziale Stadt ist zudem, dass dieses Programm uns in den Nothaushalt führen könnte. Das Problem der schlechten Finanzlage beschäftigt mich auch seit Jahren, ich komme aber zu dem Schluss, dass das Programm den Haushalt nicht mehr gefährdet, als dies auch durch alle anderen zu finanzierenden Projekte geschieht. Hat man das Ganze im Blick, muss man richtigerweise auch darauf hinweisen, dass schon alleine durch aktuelle Gesetzesänderungen des Bundes (Unterhaltungsvorschussgesetz), durch den auch weiter dringend notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Ausbau der Kindertagesbetreuung, sowie sogar durch die Feuerwehrneubauten aufgrund von mittelfristig deutlich höheren Abschreibungen eine Haushaltssicherung auf uns zu kommt, wenn die Finanzlage schlecht bleibt. Dieses nur auf Soziale Stadt zu schieben, blendet das Ganze, alle anderen Zusammenhänge aus.

Die Haushaltssicherung ist nicht gewollt und würde die Handlungsfähigkeit einschränken, allerdings gäbe es auch einen kleinen Lichtblick, die Fördersummen würden steigen.

7. Seit langem ist der Neubau der Grundschule Sandheide beschlossen. Zwar fallen hier im Programm Soziale Stadt die Fördergelder weniger üppig aus, aber dennoch gibt es Zuschüsse für den Neubau der Turnhalle, den Abriss der Gebäude, den neuen Schulhof und für quartiersfunktionale Räume. Ohne Soziale Stadt müsste Erkrath alles alleine bezahlen.

Beantragt man den Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“, ist sogar die Förderung des Schulneubaus drin.

8. Gleiches gilt für eine energetische Sanierung der Kita Gretenberg und einen Neubau einer Kita in Sandheide. Erkrath kann aufgrund von gestiegener Kinderzahl

den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht (mehr) erfüllen, die Anmeldezahlen für 2017/18 zeigen, dass Erkrath 225 Kita- bzw. Tagespflegeplätze zu wenig hat (Stand Februar 2017) und ein Ausbau dringlich ist. Auch hier würde das, was sowieso ansteht und ansonsten komplett alleine aus der Erkrather Stadtkasse zu finanzieren wäre, durch den Investitionspakt wesentlich gefördert.

9. Ein erstes Projekt im Rahmen Soziale Stadt ist bereits in der Pipeline, verschiedene Verbände und Vereine planen in Alt-Hochdahl das sogenannte „Forum“, in dem u.a. das Sozialkaufhaus „Rundum“ des SKFM, die Tafel, der TSV und die „Werkstatt“ einziehen sollen. Da es sich um eine weitestgehend leerstehende Immobilie handelt, fällt der Aufwand für die Verwaltung auch gering aus. Der Eigenanteil der Stadt beläuft sich auf 9%. Zudem hat die katholische Kirche für den Umbau 1 Million Euro zugesagt, auch ein positiver Nebeneffekt: Zuschüsse Dritter.

10. Das „Forum“ stellt auch für andere schon lange vorgesehene Bauprojekte die Weichen. So kann an der Schmiedestraße durch Auszug der Tafel das Gelände der alten Realschule überplant werden. Die BmU unterstützt hier das Projekt, das alte Gebäude zu 10-14 seniorengerechten Wohnungen umzubauen. Ziel der aus der Bürgerschaft initiierten Stiftung wäre, dass dadurch Häuser für junge Familien frei würden. Und auch das weitere Gelände kann dann im Sinne des Stadtentwicklungskonzeptes genutzt werden.

11. Durch den Umzug des Sozialkaufhauses des SKFM ins „Forum“ ergibt sich dann des Weiteren die Möglichkeit, die Brache am Wimmersberg in Alt-Erkrath für Wohnungsbau und für Gewerbeansiedlungen zu nutzen.

12. Man sieht, dass es auch nicht nur um die Förderung eines einzigen Stadtteils, der Sandheide, geht, wie oft zu hören war. Das Gebiet der Sozialen Stadt ist umfangreicher und den Nutzen haben die Bürger der gesamten Stadt, durch allgemeine Angebote und durch einen entlasteten Haushalt.

13. Einen weiteren Gewinn haben die vermietenden Wohnungsbaugesellschaften in der Sandheide, in der Schildsheide, am Stadtweiher und evtl. in noch weiteren Gebieten. Das Programm Soziale Stadt gibt hier den Gesellschaften Fördergelder für die Umgestaltung von Außenanlagen sowie für die Fassadensanierung. Dieser Anreiz hat schon andernorts viele Vermieter dazu gebracht, in eine Sanierung zu investieren. Bei vielen Häusern ist diese energetisch und optisch notwendig. Und die Stadt selber muss hierbei planerisch und finanziell übrigens überhaupt nichts tun. Der positive Effekt aber würde auf die ganze Stadt ausstrahlen.

14. Mehrere Projekte aus dem Stadtentwicklungskonzept lassen sich über Soziale Stadt angehen. Dass Erkrath sich überhaupt am Städtebauförderprojekt Soziale Stadt beteiligen kann, liegt im Übrigen nur daran, dass Erkrath ein Stadtentwicklungskonzept erstellt hat, das durch die BmU initiiert worden war.

15. Viele Städte haben bereits vorgemacht, dass Soziale Stadt und andere Städtebauförderprojekte einen Nutzen für die Städte und ihre Bürger bringen und selbst bei deutlich kleineren Verwaltungen umgesetzt werden konnten. Und auch der Austausch in dem Netzwerk der beteiligten Städte wird einen weiteren Ertrag für Erkrath bringen.

Aus diesen Gründen hat sich die BmU nach langen Beratungen auch für den Einstieg in das Programm Soziale Stadt ausgesprochen. Wir haben Verständnis für die Sorgen der Gegenseite, sehen aber mehr Vorteile.

Erfreulich, dass Bürgermeister Schultz angesichts der für Erkrath finanziell sehr interessanten Förderbedingungen mittlerweile die volle Unterstützung der Verwaltung zusagt.

Das bestätigt die Haltung der BmU, die im Dezember noch massiv attackiert worden war.

Natürlich ist uns bewusst, dass wir damit Verwaltung und CDU auf Jahre eine Möglichkeit zur Polemik geliefert haben, alle entstehenden Probleme auf die Entscheidung pro Soziale Stadt zu schieben.

Aber für die BmU stand und steht immer schon die langfristige Sachentscheidung, vor allem das Wohl der Kinder in der ganzen Stadt, vor dem Wahlkampfgetöse.

3. Lange von der BmU gefordert:

-der Breitbandausbau kommt

-erste Überlegungen zur Übernahme der Fernwärme

Die BmU begrüßt, dass die Stadtwerke Erkrath ihre Produktpalette endlich erweitern und in Zukunft mit "Lichtwelle Erkrath" auch eine Breitbandversorgung mit Glasfaser anbieten werden.

Allerdings ist die Internetversorgung mit Breitband in Erkrath bislang verschlafen worden. 2014 hatte die BmU hierzu bereits mehr Engagement gefordert und Kommunen wie Ratingen und Monheim als Beispiel angeführt. Aber erst 2016 haben einige Firmenabwanderungen aus Unterfeldhaus die gesamte Politik derart alarmiert, dass die Stadtwerke jetzt damit (zunächst in Unterfeldhaus) beginnen und zunächst 1,8 Millionen Euro investieren werden.

Zugesagt ist auch die deutlich bessere Versorgung der Schulen. Ziel sind (mindestens) 50 Mbit für die Grundschulen und 100 MBit für die weiterführenden Schulen.

An diesem Punkt zeigt sich auch, dass die **Kritik der BmU an der Beteiligung der Stadtwerke Erkrath an der Trianel Erneuerbare Energien** mit mehr als 2 Millionen Euro berechtigt ist. Die BmU hatte zwar seit Jahren die Suche nach einer Beteiligung an Projekten der regenerativen Energiegewinnung mitgetragen. Allerdings hat sich mittlerweile die Situation, nicht zuletzt durch die jüngsten Bundesinitiativen zur Deckelung der Windkraft, deutlich geändert. In einem Statement hat BmU-RM Dr. Spiritus sehr detailliert die wirtschaftlichen und juristischen Risiken der Trianel-Beteiligung verdeutlicht. So besteht u.a. eine Zuschusspflicht bei Verlusten anderer Beteiligter. Auch ist Trianel umstritten, so kauft Trianel i.d.R. nur bestehende Anlagen auf und investiert nicht in Neuanlagen.

Die BmU ist der Ansicht, dass dieses Geld stattdessen besser in Erkrath hätte investiert werden müssen: für den Breitbandausbau, die Übernahme und Sanierung

des Fernwärmenetzes und für Energiesparprojekte. Hier würde dann auch direkt etwas für den Umweltschutz in Erkrath getan.

Aktuell prüfen die Stadtwerke, ob und wie eine **Übernahme des Fernwärmenetzes** in Hochdahl erfolgen könnte. Die BmU hat das Thema schon 2001 ins Rathaus getragen. Schon vor 10 Jahren hätte die Stadt sich um eine Übernahme des Netzes bemühen müssen. Oft wurde die Auffassung der BmU, die Fernwärme sei eine „Gelddruckmaschine“ zum Nachteil der Kunden in der Erkrather Politik relativiert. Auch das Kartellverfahren gegen Innogy (ehemals RWE) hat gezeigt, dass die Preise überhöht waren.

4. Wir unterstützen Kinder und Familien. Wir haben die Schulen im Blick.

4.1 Eine Kürzung von niederschweligen präventiven Angeboten lehnt die BmU ab

Niederschwellige präventive Angebote müssen erhalten bleiben und für die Eltern einfach, z.B. über die frühen Hilfen, zu erreichen sein. Daher haben auch wir im Jugendhilfeausschuss (JHA) am 28.3.2017 den Verwaltungsvorschlag abgelehnt, dass in Zukunft von der Stadt an freie Träger delegierte Aufgaben des Kinder- und Jugendrechts nach Entgeltfinanzierung, also nach Einzelfall, abgerechnet werden. Nur die CDU wollte dem folgen. Eine solche Regelung hätte dazu geführt, dass sich Betroffene zunächst eine Genehmigung vom Jugendamt hätten holen müssen, dies ist für ein präventives und niederschwelliges Angebot aus unserer Sicht völlig hemmend und kontraproduktiv. Viele würden diesen Weg scheuen. Außerdem haben die freien Träger den Vorteil der kurzen Wege, der höheren Flexibilität und der besseren Erreichbarkeit, auch außerhalb der amtlichen Bürozeiten. Und weiterhin würde es bei Anbietern und Amt zu einem unnötigen Verwaltungsaufwand führen. Der JHA hat daher (bei Gegenstimmen durch die CDU) dem HFA empfohlen, die Verwaltung mit den Vertragsverhandlungen mit den bisherigen Anbietern (Diakonie, SKFM) zu beauftragen, andere Träger hatten bisher kein Interesse an der Übernahme dieser Leistungen geäußert. Auch zeigen die z.T. sehr bewegenden Berichte von vielen Eltern, dass der Bedarf hoch ist und es eine große Zufriedenheit mit den bisherigen Anbietern gibt.

Zudem hatte sich die BmU schon in den Beratungen und durch die Verabschiedung des Haushaltes dafür eingesetzt, dass die Gelder für diese Maßnahmen nicht gekürzt worden sind. Die Verwaltung wollte diese von 200.000€ auf 50.000€ kürzen.

4.2 Die Spielplatzaktion der BmU zeigt Wirkung

2016 hatte die BmU eine Spielplatzumfrage durchgeführt. Die Fragebögen wurden von uns ausgewertet und dies im Herbst im Jugendhilfeausschuss thematisiert. Die Verwaltung hat schnell gehandelt, ein großer Teil der Vorschläge und Wünsche sind 2017 und 2018 in der Umsetzung, so die Auskunft bei den Haushaltsberatungen.

So bekommen die folgenden Spielplätze neue Spielgeräte bzw. bauliche Ergänzungen (Zaun o.ä.): Gretenberg (45.000€), Lenaustraße (15.000€),

Schinkelstraße (10.000€), Wupper-/Ruhrstraße (3.000€), Tannenstraße (5.000€), Kattendahl (12.000€), Eduard Daelen-Straße und Grünzug Kempen. Bei den beiden letzt genannten, sind noch Vorschläge von den Nutzern gewünscht.

Auch wird auf Wunsch der Nutzer verstärkt darauf geachtet, dass die Geräte auch von den Kleineren nutzbar sind.

Diese Umfrage-Aktion ist noch nicht beendet, das Formular dazu ist auf der BmU-Homepage erhältlich.

4.3 Der Neubau von zwei Kindertagesstätten ist notwendig

Die BmU unterstützt den Neubau von zwei Kindertagesstätten, einer in Alt-Erkrath und einer in Hochdahl. Die Meldung, dass für 2017/18 225 Plätze fehlen, hat alle aufgeschreckt.

2016 war schon eine Lücke deutlich geworden, die Zahlen für 2017 übertreffen aber alle pessimistischen Prognosen. Hier besteht also akuter Handlungsbedarf, die BmU wird alle geeigneten Maßnahmen unterstützen, diesen Missstand zu beseitigen, auch wenn eine oder zwei neue Kitas nicht in Kürze errichtet werden können. Beispielhaft sei hier die Unterstützung der BmU für die 2016 neugegründete Wald-Kita in Hochdahl gegen den Widerstand von SPD, Grünen und einigen Verbänden angeführt.

Es zeigt sich auch, dass die letztjährigen Anfragen bzw. Anträge der BmU bezüglich eines Bedarfsplanes berechtigt waren, für 2018 soll er jetzt auch durchgeführt werden. Unverständlich auch, dass die Auswertung von Zahlen des Einwohnermeldeamtes nicht regelmäßig erfolgt ist.

Gut aber, dass die Anmeldezahlen durch das Online-Verfahren mittlerweile verlässlich sind, hierfür hatte die BmU 5 Jahre geworben. Und die Stellungnahme von Bürgermeister Schultz, der die Tagespflege als „Erfolgsmodell“ bezeichnet, das „auch weiterhin gefördert und attraktiv gestaltet“ werden müsse, bestätigt im Nachhinein die Argumentationen der BmU zu diesem Thema, die gerade durch die CDU oft nicht unterstützt worden waren.

Grundsätzlich erfreulich ist natürlich, dass Ende 2016 265 Kinder mehr in Erkrath leben als Ende 2014, einerseits durch Migration und andererseits durch einen Generationswechsel in einigen Stadtteilen. Besonders in Sandheide besteht ein großes Platzdefizit, daher ist dort der im Rahmen des Programms „Soziale Stadt Sandheide“ (bzw. des Investitionspaktes „Soziale Integration im Quartier“, einem ähnlichen Programm der Städtebauförderung) auch schon 2016 in den Blick genommene Neubau einer Kita der richtige Weg. Bis zur Fertigstellung neuer Plätze müssen aber auch weitere Optionen ausgeschöpft werden, der Ausbau der Tagespflege und die Erweiterung bestehender Kitas. Zudem muss Priorität haben, dass angesichts der Vorschulerziehung zunächst die Warteschlange der Kinder über 3 reduziert wird. Aktuell ist es oft so, dass Eltern für ihr 2-jähriges Kind einen U3-Kita-Platz erhalten, obwohl sie lieber in der Tagespflege bleiben würden, Ü3-Kinder von der Kita aber abgelehnt werden müssen, da sich die Kitas in einer gesetzlichen und finanziellen Zwangsjacke befinden, die das Land dringend bearbeiten muss. Es gibt viel zu tun, in Erkrath und Düsseldorf.

Die Situation im Mai stellt sich so dar, dass 52 Kita-Plätze zusätzlich vergeben werden, dass noch 35 Plätze in der Tagespflege zur Verfügung stehen und noch Gespräche mit diversen Kitas zwecks Erweiterung und Ausbau laufen. Auch wurden der Politik mögliche Standorte für Kita-Neubauten vorgestellt.

Grundproblem wird allerdings sein, überhaupt das pädagogische Personal zu finden.

4.4 Neue Entgelttabellen für Kita und Tagespflege

Die BmU hat sich dafür eingesetzt, dass die Beiträge sozial gestaffelt sind, es ist nur fair, dass höhere Einkommen stärker gefordert werden. Bisher endet die Tabellen bei einem Einkommen von 62.000€. Bis 25.000€ sind die Angebote nun kostenfrei. Aus Sicht der BmU war es schon wichtig und richtig, dass 2016 die alten, sehr ungleichmäßigen und somit oft ungerechten Tabellen durch einen neuen Ansatz ersetzt wurden. Die BmU hatte im Vorfeld auch zwei eigene Vorschläge eingebracht. Allerdings hat die BmU die mit den Stimmen von CDU und SPD verabschiedeten Tabellen für 2016 und 2017 abgelehnt. Diese enthalten immer noch z.T. extreme Beitragssprünge. Und 2016 dass bereits die Tabellen für 2017 beschlossen worden sind, fand nicht unsere Zustimmung, da wir zunächst die genauen Zahlen abwarten wollten.

Ein Lichtblick aber doch: Zusammen mit der SPD konnte die BmU erfolgreich anregen, dass die **Geschwisterkindregelung** wie bisher bestehen bleibt (bei Gegenstimmen CDU, FDP). Es zahlt immer nur ein Kind der Familie für die Betreuung in Kita, Tagespflege oder OGS. Befindet sich ein Kind im letzten Kita-Jahr, so muss die Familie überhaupt nichts zahlen.

4.5 Zusätzliche Plätze in der Offenen Ganztageschule der Grundschule Sandheide und der Regenbogenschule.

Im Rat am 21.3. konnte dann doch noch eine Mehrheit für je eine halbe OGS-Gruppe gefunden werden. Im Schulausschuss am 21.2.2017 hatte die SPD die Plätze für die Regenbogenschule noch abgelehnt. Die CDU blieb bei ihrer Ablehnung. Die Haushaltslage ist zwar mehr als angespannt, allerdings sieht die BmU in der Unterstützung der Eltern und Kinder die Umsetzung der Fürsorgepflicht der Stadt. Und gerade in der Sandheide besteht aus Gründen der Sprachförderung ein besonderer Bedarf, zudem liegt die OGS-Versorgung dort im Schnitt deutlich unter der der anderen Grundschulen.

4.6 Neue Beitragstabelle für die OGS

Pro OGS-Kind muss die Stadt jährlich 1567€ zuschießen, daher ist eine leichte Beitragserhöhung zu rechtfertigen. Der Schulausschuss am 21.2. und der Rat am 21.3.2017 haben sich mehrheitlich dem Vorschlag der BmU angeschlossen, die Beiträge einkommensabhängig zu erhöhen. Die kleinste Erhöhung beträgt monatlich 5€, die höchste 10€. Die CDU hat dies abgelehnt und den Verwaltungsvorschlag unterstützt, der die Beiträge pauschal, d.h. in jeder Einkommensgruppe gleich, erhöhen wollte.

In den Haushaltsberatungen hat die CDU dann sogar gegen die Aufnahme dieser zusätzlichen Einnahmen gestimmt.

4.7 Neuer Schulentwicklungsplan – Situation der Schulen

Ein neuer SEP wird aktuell beraten. Das für viel Geld in Auftrag gegebene Gutachten ist aus Sicht der BmU allerdings nicht qualitativ. Vieles ist nur in Ansätzen angedeutet und es fehlen klare Perspektiven.

Eindeutig wird der SEP nur in der Kritik, dass die Stadt zu wenig für die

Instandhaltung der Schulen investiert.

Neben der Asbestproblematik hat die BmU auch das im Blick. Im Schulausschuss hat Ernst Eumann als Sachkundiger Bürger für die BmU kritisiert, dass im Programm „Gute Schule 2010“ nicht bloß das sowieso bislang Geplante umgesetzt werden sollte.

4.8 „Jedes Kind muss Schwimmen lernen“

Das Programm „Jedes Kind muss Schwimmen lernen“ wird auch in Erkrath durchgeführt. Die Anregung dazu von Frank Wilczynski (Sachkundiger Bürger der BmU im Sportausschuss) ist aufgegriffen worden und wird nun durch seine Koordination umgesetzt. Ziel ist, dass jedes Kind das Schwimmen erlernen sollte. Leider zeigt sich in den Grundschulen, dass viele Kinder gar nicht oder nur mangelhaft schwimmen können.

Nach vielen Gesprächen mit Schulen, Stadt, Vereinen und Neanderbad ist nun ein erster Schritt getan: Das Neanderbad wird in den Sommerferien drei Schwimmkurse zu je 10 Stunden anbieten. Die Kursgebühren hierfür belaufen sich auf jeweils 60€ (inklusive Eintritt).

Ein Dank an Frank Wilczynski für sein Engagement und seine Beharrlichkeit.

Seine Initiative begegnet dem gefährlichen Trend, dass 2016 inzwischen wieder genau so viel Menschen ertrunken sind, wie vor 50 Jahren!

Besonders erfreulich ist hier die Kooperationsbereitschaft von Schulen, Stadtwerken, Vereinen und das ohne Belastung des städtischen Haushaltes.

5. Planen im Sinne der Bürger

5.1 Die BmU hält an den Beschlüssen zur Dependance Schmiedestraße fest

Der Einspruch der CDU wurde zurückgewiesen.

Neben dem Umbau des alten Schulgebäudes zu seniorengerechten Wohnungen soll dort nach Ansicht der BmU auch Wohnraum für junge Familien geschaffen werden.

Die ehemalige Dependance der Realschule Hochdahl wurde vor über 10 Jahren aufgegeben und wird nur noch zum Teil genutzt. Und für die aktuellen Nutzer (u.a. die Tafel, IKZ, Kleiderkammer) wird sowieso im Rahmen der "Sozialen Stadt" eine neue Bleibe gesucht, hierzu gibt es bereits die Planungen zum sogenannten "Forum".

Schon 2008 gab es an der Schmiedestraße Planungen, dort ein Wohngebiet entstehen zu lassen. Die damaligen Planungen hatte auch die BmU abgelehnt, da diese aus unserer Sicht weniger für Familien und Senioren geeignet gewesen wäre, man hätte sich eine zweites "Erkrath Mitte-Pose Marée" geschaffen, zu teure Häuser, am Bedarf vorbei. Zudem war es wichtig, das Stadtentwicklungskonzept abzuwarten, das dann auch klar festgestellt hat, dass Erkrath neben einem finanzierbaren Angebot für Familien insbesondere altersgerechte Wohnungen schaffen muss. Viele Senioren würden gerne ihre Reihenhäuser verlassen, wenn ein

geeignetes Angebot da wäre, und somit ihre Häuser frei für Familien machen. Daher ist das Konzept der Initiative begrüßenswert, die Grundkonstruktion des alten Gebäudes zu erhalten und dort modular 10-14 seniorengerechte Wohnungen nach neuestem Standard einzubauen. Zudem spart dies Kosten und ist ökologisch sinnvoll. Außerdem kann das Projekt sofort begonnen werden und langwierige kommunale Planungsprozesse können vermieden werden.

Die unbelegten Vorwürfe aus der CDU der „Engstirnigkeit“ und des „Klüngels“ weisen wir klar zurück. Zwar ist ein Initiator Mitglied der SPD, für die BmU ist ihre Entscheidung allerdings sachlich begründet.

Nur: im Ausschuss hat die CDU mit den Grünen genau gegen dieses Vorgehen gestimmt. Wenn sie jetzt in der Presse meint, eine "optimale Nutzung für junge Familien wird verhindert", dann ist diese Argumentation nur aus wahltaktischen Gründen verständlich. Zudem müsste die CDU erklären, wie und wo sie den Bedarf an barrierefreien Wohnungen decken möchte, die Gruppe der Senioren hat sie dann offensichtlich aus dem Blick verloren.

Und ein "Hauruckverfahren" ist es auch nicht, die Überlegungen und Planungen der Initiative waren seit Jahren bekannt. Selbst die Ministerien für Soziales und Bauen sind daran interessiert und haben eine Förderung zugesagt, sie sehen hier ein "Leuchtturmprojekt".

Auch werden hier nicht "wenige vermögende Bürger bevorzugt", da diese Wohnungen über eine Stiftung bzw. Genossenschaft vermietet werden und z.T sogar im Rahmen der öffentlichen Wohnungsbauförderung entstehen sollen. Dies mit der Bedingung, dass die freigezogenen Häuser in Erkrath für Familien frei werden. Laut Initiative gibt es auch bereits genügend Interessenten.

Daher unterstützt die BmU das Ziel, an der Schmiedestraße Wohnraum für Senioren und für junge Familien zu schaffen, und hofft darauf, dass in einer kommenden Ausschusssitzung dann auch die CDU einem Wettbewerbsverfahren für das restliche Gelände zustimmen wird.

5.2 Flächenplannutzungsänderung Neanderhöhe

Der Flächenplannutzungsänderung Neanderhöhe hat die BmU zugestimmt. Eine Bebauung wird auch nur auf einem kleinen Teil der Neanderhöhe zwischen Tankstelle und Wertstoffhof ermöglicht, mit dem Ziel ein gewerbesteuerstarkes Unternehmen anzusiedeln. Der nördliche und westliche Teil bleibt so im Gegensatz zu den alten Plänen von Verwaltung, CDU und FDP unangetastet. Die BmU sieht das als notwendigen und vernünftigen Kompromiss von Finanzpolitik und Landschaftsschutz an.

5.3. Bauvorhaben am Wimmersberg

Eine ähnliche Chance sieht die BmU im Bereich Wimmersberg, hier kann eine Gewerbeansiedlung und Wohnbebauung realisiert werden.

Schade, dass sich nur die BmU für den Bau der Planstraße zwischen Schlüterstraße und Kreuzstraße ausgesprochen hat, um damit die Verkehrsbelastung von Kreuzstraße und Neanderstraße zu verringern. Gerade angesichts von anstehenden Planungen im Norden von Alt-Erkrath wäre diese Entlastung dort eigentlich sehr notwendig. Allein durch die kürzeren Wege ergibt sich eine Minderbelastung durch

Lärm und Abgase in beträchtlichem Ausmaß, welches selbst die Grünen nicht in ihrer Argumentation berücksichtigen.

5.4 Neues Winterdienstkonzept beschlossen

Es hat lange Zeit seit dem Schneechaos 2009 gebraucht, aber das nun erarbeitete Winterdienstkonzept ist eine Verbesserung für Erkrath, einige Straßen konnten sogar neu aufgenommen werden.

5.5 Planungen zu Gebäuden für Obdachlose, Flüchtlinge und anerkannte Asylbewerber

Eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich verschiedener möglicher Standorte für einen dauerhaften Wohnungsbau wurde auf den Weg gebracht. Der von der BmU kritisierte Standort Gruitener Straße wurde von der Verwaltung fallen gelassen, da dort keine Bebauung für dauerhaftes Wohnen möglich wäre. Die Stadt plant diese Gebäude, um durch diesen Wohnraum teure Anmietungen aufgeben zu können. Ziel muss es nach Ansicht der BmU sein, dass diese Wohnungen so gebaut werden, dass sie auch nach einer Nutzung von den oben genannten Gruppen für eine allgemeine Vermietung zur Verfügung stehen.

5.6 Kostenintensive Maßnahmen für Sedentaler- und Bruchhauserstraße ruhen lassen

Vorerst konnte die BmU erreichen, dass Planungen für die Installation von Flüsterasphalt auf der Sedentaler- und Bruchhauserstraße ruhen. Der Lärmaktionsplan II hatte ergeben, dass die Stadt hier rechtlich gezwungen ist zu handeln. Allerdings gibt die BmU den Anwohnern Recht, es kann nicht sein, dass eine intakte Straße auch im Unterbau neu aufgebaut werden soll und die lärmgeplagten Anwohner einen Großteil dieser Baumaßnahme auch noch selber zahlen müssen. Die BmU plädiert dafür, eine kurze Tempo-30-Zone auszuweisen.

6. Das Mobilfunkkonzept ist tot.

In einer geheimen Abstimmung wurde der von der CDU unterstützte Antrag 22:19 – gegen die Stimmen der BmU- angenommen, das Mobilfunkkonzept aufzugeben. Die BmU hatte sich stets dafür stark gemacht, mit dem Ziel einer guten Versorgung und eines vernünftigen Gesundheitsschutzes das alte Konzept den heutigen Bedingungen –auch in Zusammenarbeit mit den Betreibern- anzupassen. Im HFA hatte es für einen Masterplan Kommunikation 2030 noch eine Mehrheit aus SPD, Grünen und BmU gegeben. Ohne das Konzept verliert die Stadt jetzt jegliche Handhabe gegen die Installation und den Betrieb von Sendemasten in der Nähe von sensiblen Bereichen (z.B. Schulen, Kitas...).

Bedauerlich, dass die CDU somit ihre Zustimmung von 2011 und ihre Forderung nach einem neuen Gutachten 2015 rückgängig gemacht hat.

Und leider ist festzustellen, dass die Aufgabe des Mobilfunkkonzeptes auch nicht dazu geführt hat, dass die Anbieter die mangelhafte Versorgung verbessert hätten.

7. Die BmU bleibt sich treu: Auch die Personalpolitik der BmU ist unabhängig und an den sachlichen Anforderungen orientiert.

Nachdem BmU-Ratsfrau M. Hustädt aus persönlichen Gründen vom Vorsitz des Rechnungsprüfungsausschusses zurückgetreten ist, hat die BmU das fraktionslose Ratsmitglied Peter Sohn als Vorsitzenden vorgeschlagen, der uns aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit dafür besonders geeignet erscheint. Hier zeigt sich unser Grundprinzip „Posten“ nach Eignung und nicht nach Partei- bzw. Vereinsmitgliedschaft zu vergeben.

Schlusswort und Ausblick

Die BmU setzt sich seit Jahren konstruktiv und erfolgreich für die Belange der Erkrather Bürger ein.

Damit sie das aber auch weiterhin tun kann, ist es erforderlich, immer wieder neue Mitglieder zu werben und viele davon für eine parteiunabhängige aktive Mitarbeit zu begeistern.

Bitte machen auch Sie Werbung für die BmU e.V. und überlegen Sie sich bitte auch selber, ob Sie uns aktiver unterstützen möchten.

Seien Sie näher dran an der Politik in Erkrath, gestalten und entscheiden Sie mit.

Gerade in den Zeiten von Brexit, Donald Trump usw. zeigt sich, dass es auch immer wieder neue interessierte und engagierte Bürger braucht, um auch weiterhin sachlich und weitblickend Politik zu machen. Wenn Sie den Populisten nicht noch mehr Platz und Macht lassen wollen, dann bringen auch Sie sich ein.

Bei uns können Sie das auf unterschiedlichste Art und Weise tun:

- auf unseren (offenen) Fraktionssitzungen,
- in temporären Arbeitskreisen,
- an unseren Informationsständen,
- durch die Mithilfe beim Erstellen und Verteilen von Informationsflyern,
- beim Karnevalsumzug,
- handfest beim „Plakatekleben“,
- als Sachkundige(r) Bürger/Bürgerin in den Ausschüssen der Stadt
- oder vielleicht sogar im Stadtrat.

Nehmen Sie doch Kontakt mit uns auf, schauen Sie mal vorbei.

Damit die BmU auch in Zukunft nach dem Motto „Bürger für Bürger“ in und für Erkrath arbeiten kann.

Es ist geplant, dass dieser ausführliche Rechenschaftsbericht zu einem Informationsflyer umgestaltet und an die Haushalte in Erkrath verteilt wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

für den Vorstand und die Fraktion

Christian Ritt

Vorsitzender der BmU e.V.; Ratsmitglied

ch.ritt@bmu-erkath.de

Kirchberg 36, 40699 Erkrath

Bernhard Osterwind

Fraktionsvorsitzender

bmu@bmu-erkath.de

Weitere Informationen auf unserer Homepage www.bmu-erkath.de oder auf Facebook.